

|   |
|---|
| Schleswig-Holsteinischer Landtag<br>Umdruck 18/5921 |
|---|

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Thomas Rother  
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Kiel, 07. April 2016

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes**

Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3810

**Krankenhausbau schon ab 2016 ermöglichen**

Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3808

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Umdruck 18/5738

- *Stellungnahme der KGSH*

Sehr geehrter Herr Rother,

wir bedanken uns sehr herzlich für die Möglichkeit, zu den vorgenannten Anträgen Stellung nehmen zu können.

Die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein leiden seit mittlerweile mehreren Jahrzehnten an einer nicht annähernd auskömmlichen Finanzierung ihrer notwendigen Investitionsmaßnahmen. Über die Tatsache eines Investitionsstaus von mehr als einer halben Milliarde Euro (ohne UKSH) besteht sowohl zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen als auch der Landesregierung Konsens. Dass die Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtags sich dieser Erkenntnis nicht nur angeschlossen haben, sondern auch bereit sind, Konsequenzen zu ziehen, wird von den Kliniken positiv gesehen.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen waren hilfreich, allerdings bei weitem nicht ausreichend und gelegentlich widersprüchlich. So haben wir als Verband der Krankenhausträger im vergangenen Jahr kritisiert, dass Schleswig-Holstein die Krankenhäuser bei der Umsetzung des Kommunalinvestitionsprogramm des Bundes vollständig übergangen hat, obwohl der Bundesgesetzgeber die Kliniken explizit als einen zu fördernden Bereich ausgewiesen hat.

Die Vorschläge der Fraktionen von CDU und FDP zur Sicherstellung von Finanzmitteln aus dem IMPULS-Programm zugunsten der Kliniken können daher nur begrüßt werden.

In der Tat besteht die Gefahr, dass die nach dem AG-KHG paritätisch zur Mitfinanzierung verpflichteten Kommunen den notwendigen Beitrag zumindest kurzfristig nicht leisten können. Im Sinne einer anzustrebenden Hebelwirkung über die Beträge des IMPULS-Programmes hinaus erscheint uns insbesondere der Vorschlag der CDU-Fraktion (Drucksache 18/3808) geeignet, den aufgelaufenen Investitionsstau abzubauen.

Mit freundlichen Grüßen



Landespastorin Petra Thobaben  
Vorsitzende



Bernd Krämer  
Geschäftsführer

Diese Stellungnahme ergeht zugleich im Namen folgender Anzuhörenden:

- Aneos Heiligenhafen und Neustadt
- Imland Klinik, Herr Dr. Oehme
- Lubinus Clinicum
- Regio Kliniken GmbH
- Regio Kliniken Pinneberg
- Schön Klinik Neustadt, Herr Dr. Sand
- St. Franziskus Hospital